

FRIEDENS JOURNAL

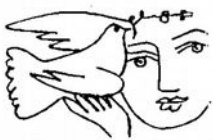


Die Welt ist aus den Fugen - Wir nennen Alternativen

Foto: Demonstration gegen die Münchner Sicherheitskonferenz 2016, Quelle: Gundula Zeitz



- Welchen Beitrag leistet Lateinamerika zur Überwindung der unipolaren Weltordnung?
- Globale Eskalation oder Rückkehr zur Vernunft?
- Globale Ausbeutung – wie erreichen wir die Wende?
- Konversion von Rüstungs- auf Zivilproduktion ist machbar
- Öcalans Visionen: Globale Alternativen – nicht nur für Kurden
- Münchner SiKo 2016: Im Dienst der Kriegsvorbereitung



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

März - April 2016/Nr. **2**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Welchen Beitrag leistet Lateinamerika zur Überwindung der unipolaren Weltordnung?	3
Globale Eskalation oder Rückkehr zur Vernunft?	6
Globale Ausbeutung – wie erreichen wir die Wende?	8
Konversion von Rüstungs- auf Zivilproduktion ist machbar	10

BRENNPUNKT

Münchner SiKo 2016: Im Dienst der Kriegsvorbereitung	12
--	----

FRIEDENSBEWEGUNG

Gemeinsamer Ostermarsch-Aufruf von Kooperation für den Frieden und Bundesausschuss Friedensratschlag	16
--	----

RUBRIKEN

UNHCR-Vertreterin: Ecuador Vorbild in der Flüchtlingspolitik	5
Krieg, Terrorismus und die globale Wirtschaftskrise	7
Handel statt Krieg	9
Wirtschaftsfaktor Militäreinrichtungen	11
Buchbesprechung: Öcalans Visionen	14
Friedensnetz Baden-Württemberg	15
Trident ausmustern: Großdemo gegen britische Atomwaffen	16

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:	7.3.2016
Die nächste Ausgabe erscheint am:	13.5.2016

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:
 Bundesausschuss Friedensratschlag
 Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
 Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken,
 Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-
 Saefkow, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
 V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
 c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
 Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
 60329 Frankfurt am Main,
 Tel.: 0 69/24249950 - Fax: 0 69/24249951
 e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
 Frankfurter Sparkasse
 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
 BIC: HELADEF1822

Die Welt ist aus den Fugen – Wir nennen Alternativen

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Welt ist aus den Fugen. So könnte man die derzeitige Situation umschreiben mit einer dramatisch angestiegenen globalen Kriegsgefahr.

Dieses wird vor allem dann verständlich, wenn man die gleichzeitig vorhandenen krisenhaften Zuspitzungen auf unterschiedlichen Gebieten verfolgt: Die global zunehmende Ungleichheit zwischen arm und reich, d.h. eine Umverteilung von unten nach oben, die Vorboten einer neuen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die ökologische Krise durch Klimawandel und Verseuchung der Umwelt.

Gegenkräfte sind aber vorhanden und es gibt viele ermutigende Beispiele für globale Alternativen zu den noch dominierenden Destruktivkräften von neoliberaler Globalisierung, kapitalistischen Geostrategien und Militärmaschinerien.

Ein besonders beeindruckendes Beispiel hierfür war der Vortrag von Jorge Jurado, Botschafter Ecuadors in Deutschland, bei dem letzten Friedensratschlag in Kassel. Obwohl derzeit die linken Kräfte in Lateinamerika durchweg in einer schwierigen, defensiven Situation sind, konnte Jorge Jurado eine beeindruckende Liste von Visionen und bereits erreichten Zielen Ecuadors unter der Präsidentschaft von Rafael Correa aufzeigen. Dieses betrifft z.B. auch den Umgang mit Flüchtlingen, was auch für Ecuador seit Jahren eine große innenpolitische Herausforderung darstellt.

In unserem Interviewbeitrag haben wir Peter Wahl zu den oben genannten globalen Problemen befragt. Er zeigt vor allem auf, dass die sogenannte Entwicklungshilfe nur ein Feigenblatt darstellt, um die tatsächlich verstärkte Ausbeutung des globalen Südens zu kaschieren.

Clemens Ronnefeldt thematisiert die globalen Probleme im Kontext der Aufgaben der Friedensbewegung.

Eine der derzeit dramatischen Zuspitzungen innerhalb der gesamten Krisen- und Kriegsregion Nahost erfolgt derzeit durch Erdogans Krieg in der Türkei gegen die Kurden. Dieses haben wir zum Anlass genommen, die

Ziele der kurdischen Bewegung näher darzustellen unter Verweis auf die Programmatik des immer noch der inhaftierten Abdullah Öcalan (siehe Buchbesprechung).

Für die Friedensbewegung ist angesichts der globalen Probleme auch eine globale Vernetzung das Gebot der Stunde.

Bemerkenswert war die kürzlich in London erfolgte Großdemo gegen die Modernisierung der Trident-Atomraketen, die mehr als 60.000 Menschen auf die Straße brachte (siehe letzte Seite).

Der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden haben bereits im September letzten Jahres ein gemeinsames Positionspapier zu Flüchtlingen und Fluchtursachen erstellt (abrufbar auf der Homepage). In einem ebenfalls gemeinsamen Aufruf zum Ostermarsch 2016 (siehe letzte Seite) wird vorangestellt: "Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtende".

Das starke Anwachsen rechtspopulistischer Strömungen in Deutschland auf Basis von Hetze und Demagogie gegen Flüchtlinge zeigt die Notwendigkeit überzeugender, aufklärender Gegenpositionen. Auch sollte das Flüchtlingsthema klarstellen, wo wir uns innerhalb der polarisierten gesellschaftlichen Debatte um die "Flüchtlingskrise" positionieren. Der Kampf gegen die globale Kriegsgefahr sowie gegen Rechtspopulismus und braunem Mob vor Flüchtlingsunterkünften sind nur zwei Seiten einer Medaille. Was wir derzeit damit erleben, sind nicht nur die Ausläufer von Kriegen, die im Nahen und Mittleren Osten geschürt werden und jetzt auf Deutschland als eines der Verursacherländer zurück fallen. Deutschland ist an diesen Kriegen nicht nur durch Waffenexporte, hegemonale Außenpolitik, Bundeswehrein-sätze und logistische Drehkreuze beteiligt. Wir müssen uns auch mit einer Politik der neoliberalen Globalisierung auseinandersetzen, deren Delegitimierung ein Schlüssel für notwendige Massenmobilisierungen darstellt. Im Kampf gegen das geplante TTIP-Abkommen konnte dieser (Teil-)Erfolg bereits erreicht werden.

Die Redaktion

Welchen Beitrag leistet Lateinamerika zur Überwindung der unipolaren Weltordnung?

Vortrag von Jorge Jurado, Botschafter Ecuadors beim 22. Friedensratschlag in Kassel

Die heutigen Flüchtlings- und Asylkonflikte in Europa sind auch die Ergebnisse einer kolonialen, unipolaren und hegemonialen Ausübung der Machtverhältnisse Nord-Süd, um den „unbegrenzten Wachstum“ der entwickelten Staaten zu sichern. Dazu gehört die Geschichte der künstlichen Schaffung nahöstlicher Staaten wie Irak und Syrien in Folge des 1. Weltkrieges bei der Auflösung des Osmanischen Reiches und der willkürlichen Aufteilung der politischen Geografie Afrikas aufgrund kolonialer und kapitalistischer Interessen in Folge des 2. Weltkrieges.

Durch die Einmischung der USA und anderer europäischer Staaten kam es zur Auflösung institutioneller Strukturen und dem Verfall des Sozialgefüges in den betroffenen Ländern.

Dazu gehören auch beschleunigte Prozesse kultureller Entfremdung und Identitätsverlust unter der migrantischen arabischen und türkischen Bevölkerung, die seit den 1960er Jahren insbesondere in Frankreich, Belgien und Deutschland angesiedelt ist.

Heute sehen wir eine hegemonial-rassistische Intoleranz in den industrialisierten Gesellschaften des Nordens Europas.

Der politische Prozess in Lateinamerika

Hier gibt es erfolgreiche Unabhängigkeitsbewegungen seit 210 Jahren, angefangen mit Haiti in 1804, andere Länder folgten von 1809 bis 1825. Die letzten, zurückliegenden Jahrzehnte waren geprägt von Krisen, Diktaturen, eigenen Befreiungsprozessen und Vergangenheitsaufarbeitung ohne fremde Einmischung. Daraus resultierte auch die Etablierung von neuen Organisationen wie CELAC, UNASUR und ALBA zur Überwindung der unipolaren Weltordnung:

CELAC ist ein Mechanismus zur Integration, Kooperation und zur regionalen politischen Entscheidungsfindung. dialog mit der EU, China, Russland u.a.

UNASUR ist ein Rahmen für Integration mit politischen Dialog über Sozialpolitik, Bildung, Infrastruktur, Fi-

nanzierung und Umwelt. Das gemeinsame Ziel ist die Beseitigung der Ungleichheit, die Demokratie zu stärken und die Asymmetrien zu reduzieren.

Exemplarisch genannt werden soll hier die Erklärung von Caracas anlässlich der Gründung der CELAC in 2011, mit der diese sich als Friedensregion sowie atomwaffenfreie Region versteht:

„Die aus der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) heraus initiierten Dialogprozesse sowie Prozesse des politischen Austauschs und Verhandlungsprozesse sollen unter folgenden Wertvorstellungen und Prinzipien durchgeführt werden: Berücksichtigung des Völkerrechts (Internationales Recht), friedliche Beilegung von Streitigkeiten, Gewaltgebrauchs- und Gewaltandrohungsverbot, Berücksichtigung der Selbstbestimmung, Berücksichtigung der Souveränität, Berücksichtigung der territorialen Integrität, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, Schutz und Förderung der Menschenrechte und der Demokratie“.

Es geht hierbei nicht nur um eine multipolare Weltordnung, denn eine solche mit dem selbigen System wird eine ungerechte Weltordnung bleiben. Die Unipolarität kann nur ein Baustein sein für eine gerechte Welt, die wir erschaffen müssen. Neue Machtstrukturen allein in dieser Welt lösen noch nicht die vorhandenen Probleme.

Beiträge für eine gerechte Weltordnung

Die CELAC stellt sich als ein gemeinsamer Block vor. Man versucht, dass es in den Verhandlungen mit anderen Regionen oder Ländern als die Stimme Lateinamerikas anerkannt wird. Damit soll Schluss gemacht werden mit der Unterdrückung aufgrund der nicht zu überwindenden Asymmetrie innerhalb des bilateralen Konstrukts jeglicher Verhandlungen. Ein Beispiel dafür ist das Ecuador-EU-Handelsabkommen, das gezwungenermaßen unterzeichnet wurde. Hierin behält sich die EU das Recht vor, die Bananenproduktion aus ihren tropischen und halb kolo-

nialen Gebieten zu schützen, während Ecuador sich so eine Schutzpolitik nicht erlauben darf.

Um eine multipolare Weltordnung zu schaffen, hat Ecuador direkte diplomatische Kontakte mit mehreren Ländern Afrikas und Südostasiens eröffnet. In 2016 soll ein erstes CELAC-Afrika-Gipfeltreffen stattfinden. Historisch betrachtet waren solche Süd-Süd-Beziehungen praktisch nicht existent. Wenn überhaupt solche Beziehungen stattfinden durften, dann nur durch die traditionellen hegemonialen Machtzentren der Welt.

Die Schaffung der elektronischen Austauschwährung SUCRE ist eine der wichtigsten Beiträge, um die unipolaren monetären Abhängigkeiten zu durchbrechen. Das russisch-chinesische Handelsabkommen ist in gewisser Weise eine Folge der SUCRE-Initiative.

Die Prinzipien der multipolaren Beziehungen sollen sich auf dem striktem Respekt der Souveränität der Völker stützen, auf Solidarität und Komplementarität basieren und nicht auf die ungerechte Asymmetrie des Wettbewerbs. Die CELAC ist ein Weltpartner geworden die Lateinamerika als eine Region des Friedens bewahren möchte.

Von der Vision zur Aktion: Schritte zur Emanzipierung

Mehrere Beispiele können an dieser Stelle genannt werden: Durch die Gründung der Bank des Südens ergibt sich eine neue regionale Finanzarchitektur. Ziel ist dabei die geringstmögliche Verwendung extraregionaler Währungen durch die Einführung einer Regionalwährung und eines eigenen Zahlungssystems.

Für Konflikte wurde eine Südamerikanische Schiedsgerichtsstelle eingerichtet. Eine der schlimmsten Abhängigkeiten, die mit der neoliberalen Globalisierung entstanden, ist die Schaffung von Schiedsgerichtsbarkeiten, die von verschiedenen Organisationen eingerichtet wurden, wie z.B. über die Weltbank. Damit können Unternehmen Anklage gegen Regierungen erheben,



wenn sie ihre Interessen bedroht sehen. Diese waren bisher immer für die klagenden Unternehmen erfolgreich. Entsprechendes kann auch passieren, wenn die derzeit verhandelten Freihandelsabkommen TTIP und TISA wirksam würden. Die Souveränität ganzer Staaten würden damit untergraben. Das ist genau das, was derzeit geschieht in den Ländern des globalen Südens. Deren Gesetze werden angesichts dieser Schiedsgerichtsbarkeit völlig nutzlos. Die in den 90er Jahren geschlossenen Investitions-Schutzabkommen sind ein Zeichen wirtschaftlicher Unterdrückung und beinhalten die Privatisierung des Rechts.

Dem wollen wir gegenüber stellen: Durch Investition in menschliches Talent, Wissenschaft und Technologie eine Entwicklung von der Wirtschaft begrenzter Ressourcen zur Wirtschaft der unbegrenzten Ressourcen.

Flüchtlings- und Asylpolitik in Lateinamerika

Die auf Lateinamerika bezogene Erklärung von Cartagena (Kolumbien) aus dem Jahr 1984 enthält einen erweiterten Flüchtlingsbegriff:

„(...) das empfohlene Konzept von Flüchtling zur Benutzung in der Region ist dasjenige, welches (...) auch als Flüchtlinge betrachtet jene Personen, die aus ihrem Land geflohen sind, weil ihr Leben, ihre Sicherheit oder ihre Freiheit durch allgemeine Gewalt, ausländische Aggression, interne Konflikte, massive Menschenrechtsverletzungen oder andere Umstände bedroht waren, welche die öffentliche Ordnung erheblich stören“.

Diese Definition umfasst auch Klimaflüchtlinge bzw. vor Naturkatastrophen Geflüchtete. In der Praxis bedeutet das in Lateinamerika eine bewährte Rechtssetzung, die auch in einer Studie der UNHCR (High Commissioner for Refugees – Hochkommissariat für Flüchtlinge der UNO) anerkannt wurde. Im einzelnen beinhaltet dieses:

- Nicht-Zurückweisung des Asylbewerbers an der Grenze und Nicht-Bestrafung des illegalen Grenzübertritts oder illegalen Aufenthalts
- das Recht, um Asyl zu ersuchen oder Asyl zu erhalten
- effektiven Anspruch auf Genehmigung des Vorgangs
- Anspruch auf Berufung und ordnungsgemäßes Verfahren
- kostenlose Rechtsberatung für Antragsteller
- kostenlose Dokumentation bzw. zu geringen Kosten
- kontinuierliche Fortbildung und Abkommen mit Menschenrechtsinstitutionen
- besondere Aufmerksamkeit für Kinder ohne Begleitung
- keine Diskriminierung wegen Migrationshintergrund
- keine Frist für die Einreichung eines Antrages auf Anerkennung des Geflüchtetenstatus
- keine Kommunikation mit dem Heimatland des Antragstellers
- Teilnahme der Zivilgesellschaft oder des Bürgerbeauftragten in den Kommissionen zur Flüchtlingseigenschafts-Bestimmung
- bezahlte Beschäftigung für die Asylsuchenden und Geflüchteten
- Migrationseigenschaft der Geflüchteten

- Verzicht auf die alte Staatsbürgerschaft ist keine Einbürgerungsbedingung
- Ausweisungs-Schutzklausel für Geflüchtete
- Berücksichtigung der Opfer von Naturkatastrophen

Was die Welt von Ecuador lernen kann

1. Buen Vivir – gutes/würdiges Leben
 2. Rechte der Natur
 3. Wasser als Menschenrecht
 4. Verteidigung der Volkssouveränität und der Würde der Völker – Veränderung der Machtstrukturen
 5. Engagement zur Überwindung der Armut
 6. Wiedererlangung staatlicher Souveränität und Funktionalität
 7. Privatisierungsverbot staatlichen Eigentums. Natürliche Ressourcen gehören der Gesellschaft.
 8. Solidarische und kooperative-Ökonomie
 9. Schuldenaudit (Ecuador ist das einzige Land, das einen Schuldenaudit durchgeführt hat, im Unterschied etwa zu Griechenland, das einen solchen Prozess – allerdings auch nicht auf Regierungsebene - abgebrochen hat).
 10. Rentenanspruchsanerkennung nicht vergüteter menschlicher Arbeit
 11. Verbot von Outsourcing
 12. Begrenzung der Schere zwischen niedrigsten und höchsten Löhnen
 13. Kontrolle des Finanzkapitals zur Vermeidung von Krisen – bezüglich des krisengebundenen Kapitalverkehrs
 14. Partizipative Demokratie
 15. Unbegrenzte menschliche Mobilität (universelle Staatsbürgerschaft)
 16. Raum des Friedens
 17. Soziale Investitionen
 18. Menschen haben die Priorität vor dem Kapital
 19. Lösung interner Konflikte über regionale Räume des Dialogs.
- Die Überwindung der Armut ist der bedeutendste moralische Imperativ auf dem Planeten; die Armut ist nicht Frucht von Ressourcenmangel oder Mangel an natürlichen Faktoren, sondern von ungerechten, exkludierenden

Systemen, sie ist Frucht der beherrschenden Machtstrukturen].

Schlussfolgerungen

Die vorhandene Weltordnung ist nicht nur ungerecht, sondern auch unmoralisch. Für das Ziel einer gerechten Weltordnung ist Multipolarität nur als Werkzeug anzusehen. Notwendig sind dazu:

- Änderung der Machtstrukturen
- Konsolidierung einer realen und partizipativen Demokratie
- Vorrang des Menschen über das Kapital

Die empörende Üppigkeit einiger Weniger nebst der untragbarsten Armut; dies sind alltägliche Kugeln, die gegen die Menschenwürde abgeschossen werden. Friede ohne Gerechtigkeit ist schlicht Pazifizierung.

Die Überwindung der Armut ist der bedeutendste moralische Imperativ auf dem Planeten; die Armut ist nicht

Frucht von Ressourcenmangel oder Mangel an natürlichen Faktoren, sondern von ungerechten, exkludierenden Systemen, sie ist Frucht der herrschenden Machtstrukturen. Unbegrenzt Wirtschaftswachstum ist nicht wünschenswert und ebenso wenig machbar. Es ist deshalb nicht wünschenswert, weil die Erhöhung des BIP pro Einwohner ab einer gewissen Schwelle nicht mehr mit dem Glücksgefühl eines Volkes verknüpft ist (Easterlin Paradoxon, vor etwa 13 Jahren formuliert).

Unbegrenzt Wirtschaftswachstum ist unmöglich. Die Technologie und Effizienz erweitert die Grenzen, aber löscht sie nicht aus. Der Konsumeffekt dominiert gegenüber dem Effizienzeffekt.

Notwendig wäre die Schaffung eines internationalen Umweltgerichtshofes, der Anschläge auf die Natur mit Sanktionen belegen und Verpflichtungen hinsichtlich der ökologischen Schuld und des Verbrauchs von Umweltgütern erstellen sollte.

Nichts rechtfertigt, dass wir Gerichte haben, um Investitionen zu schützen und die Bezahlung von Finanzschulden zu erzwingen, während wir jedoch keine Gerichte haben, um die Natur zu schützen und die Bezahlung der ökologischen Schulden zu erzwingen.

In den Worten von Rafael Correa, Präsident von Ecuador:

Es handelt sich ganz einfach um die perverse Logik „Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren“, aber das erträgt unser Planet nicht länger.

Die Überwindung der Machtstrukturen des Kapitals über den Menschen führt zur wahren Demokratie. Kein Friede ohne Gerechtigkeit und ohne Gerechtigkeit keine Freiheit.

Der vorliegende Text ist eine redaktionelle Bearbeitung auf Basis der Vortragsfolien und des gesprochenen Wortes. Der Originalvortrag findet sich als Video-Mitschnitt auf der Homepage www.friedensratschlag.de

UNHCR-Vertreterin: Ecuador Vorbild in der Flüchtlingspolitik

Gemäß Artikel 40 der Verfassung wird kein Mensch auf ecuadorianischem Territorium als illegal angesehen

Die Vertreterin des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR), Sonia Aguilar, hat die Politik des südamerikanischen Landes als beispielhaft gewürdigt. "Dass Ecuador in seiner Verfassung das Recht, in einem fremden Land Schutz zu suchen, das Recht auf Mobilität und die rechtliche Gleichstellung mit den Ecuadorianern anerkennt, muss ein Vorbild sein und betont werden", sagte sie vergangene Woche in Quito.

Nach Angaben des UNHCR beheimatet Ecuador von allen südamerikanischen Ländern die meisten Geflüchteten. Von den 60.000 Personen mit Asylstatus kommen 95 Prozent aus dem benachbarten Kolumbien. Seit Jahrzehnten herrscht dort Krieg zwischen Regierungstruppen, Paramilitärs und Guerillagruppen. Aber auch die Bekämpfung von Koka-Plantagen mit dem giftigen Glyphosat durch die Regierung hat viele zur Flucht gezwungen. Darüber hinaus haben Menschen aus 70 weiteren Nationen, darunter Afghanistan, Irak und Syrien, in Ecuador Asyl bekommen.

Das südamerikanische Land erkennt Flüchtlingen nicht nur ihren Status zu, sondern gibt ihnen die gleichen Rechte wie Inländern: Gemäß Artikel 40 der Verfassung wird kein Mensch auf ecuadorianischem Territorium als illegal angesehen.

Anerkannte Geflüchtete dürfen ebenso wie Ecuadorianer arbeiten und kostenlose staatliche Dienstleistungen in

Bildung und Gesundheitswesen in Anspruch nehmen.

Diese Politik stellt das Land auch vor Herausforderungen. Die Investitionen in Bildung, Gesundheit und Arbeit liegen bei jährlich 40 Millionen US-Dollar, informierte die Regierung. Neben gesellschaftlichen Organisationen kooperieren das UNHCR und die Deutsche staatliche Organisation für Entwicklungszusammenarbeit (GIZ) mit den ecuadorianischen Behörden, um die Verfahren für Geflüchtete zu vereinfachen. Auch deren ungleiche Verteilung stellt eine Herausforderung dar, denn fast die Hälfte lebt in der Hauptstadt Quito.

Aber die ankommenden Menschen bringen wie überall auch Chancen für das Land: "Die Geflüchteten leben ganz offensichtlich in außergewöhnlichen Lebensumständen, aber sie haben ihre Erfahrungen, ihre Qualifikationen, sie können arbeiten und haben ihren kulturellen Reichtum", sagte UNHCR-Beamtin Aguilar. "Sie als Personen anzusehen, die etwas zu diesem Land und zu seiner Entwicklung beitragen können, das wollen andere Länder vielleicht noch nicht sehen."

Während Europa sich immer mehr von Schutzsuchenden aus dem Süden abschottet, verfolgt Ecuador eine Politik der offenen Türen für Geflüchtete. Die ecuadorianische Vizeministerin für Migration, María Landázuri, drückte ihre tiefe Besorgnis über die Lage der Flüchtlinge in der Europäischen Union aus. Die Migrationspolitik der EU-Mitgliedsstaaten kriminalisiere Personen, die Asyl und Schutz brauchten.

Quelle: www.amerika21.de / Steffen Vogel (28.2.2016)

Globale Ausbeutung - Wie erreichen wir die Wende?

Interview mit Peter Wahl, Vorstandsvorsitzender von WEED, Berlin



Foto: YouTube (Screenshot)

FJ: Im globalen Maßstab scheinen die Ungleichmäßigkeiten in der wirtschaftlichen Entwicklung von Ländern zuzunehmen - trotz einiger Gegentendenzen durch die sogenannten Schwellenländer. Was steckt hinter dieser Entwicklung?

Es existieren zahlreiche Mechanismen der Umverteilung von Süd nach Nord, Dazu gehören vor allem:

1. der Verfall der *Terms of Trade*, d. h. der Preisverfall der Rohstoffe im Vergleich zu Industriegütern; das ist ein langfristiger Trend, der im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wegen des extrem hohen Wachstums in China unterbrochen schien, aber gerade jetzt sich wieder besonders dramatisch fortsetzt.

WEED wurde 1990 gegründet und ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation.

Die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Globalisierung verlangen nach einer Wende in der Finanz-, Wirtschafts- und Umweltpolitik hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Tragfähigkeit. WEED will dabei die Mitverantwortung der Industrienationen stärker ins Zentrum der Arbeit sozialer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen rücken. Bei der Analyse lenkt WEED den Blick auf die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die relevanten Institutionen. Dabei erschöpft sich die Arbeit von WEED nicht in der Kritik an den Akteuren, sondern wir entwickeln auch Reformvorschläge und Alternativkonzepte.

Quelle: www.weed-online.org

2. Finanztransfers, die sich aus der Währungshierarchie ergeben, z.B. durch stetige Abflüsse aus den Wäh-

rungsreserven der Entwicklungsländer, weil diese angesichts der Turbulenzen in der Weltwirtschaft gezwungen sind ihre Währungen und damit ihre Exporterlöse zu stabilisieren;

3. Umverteilungsschübe aus Währungs- und Finanzkrisen;

4. Profittransfer von transnationalen Konzernen in den Norden;

5. Netto-Transfers aus Verschuldung von Entwicklungsländern bei Banken und Gebern im Norden;

6. Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen und Protektionismus der Industrieländer; Besonders übles Beispiel sind die Agrarsubventionen der EU mit denen der Export von Lebensmitteln nach Afrika rentabel wird. Resultat ist, dass afrikanische Bauern auf diese Weise niederkonkurriert werden.

7. Brain Drain, d.h. der Abfluss von Know How. Afrika hat z.B. weltweit die höchste Abwanderungsrate von qualifizierten Fachkräften.

8. Off-Shore Zentren und Steuerparadiese, in denen korrupte Eliten auch der Entwicklungsländer ihr Geld vor dem Zugriff des einheimischen Fiskus verstecken.

FJ: Es gibt Zahlen für den Aufwand dessen, was als sogenannte Entwicklungshilfe in diese Länder fließt, wo man ja als Ziel 0,7% des BIP definiert, was z.B. von Deutschland trotz Absichtsbekundungen nicht erreicht wird. Kann man auch das quantifizieren, was Sie als Umverteilung von Süd nach Nord aufgeführt haben?

Einzelne Kategorien lassen sich quantifizieren. Globalzahlen zu berechnen ist jedoch etwas aus der Mode gekommen. Das hängt u.a. damit zusammen, dass die Einteilung in Nord und Süd durch den Aufstieg der Schwellenländer problematisch geworden ist. Heute haben China, Indien, Brasilien und andere Schwellenländer intensive Beziehungen zu Entwicklungsländern, was das Gesamtbild komplexer macht. Auch auf Nord-Süd-Beziehungen spezialisierte Institutionen wie das *South Centre* machen heute solche Statistiken nicht mehr.

Das ändert freilich nichts daran, dass asymmetrische Wirtschaftsbeziehungen Ungleichheit nach wie vor ver-

tiefen. Hinzu kommt, dass der vorwiegend im Norden entstandene Klimawandel und generell das, was man als *imperiale Lebensweise* bezeichnen könnte, die Entwicklungsländer in besonders hohem Maße belastet und bedroht. So hat die OECD die ökonomischen Verluste durch den Klimawandel berechnet, und kommt zu dem Ergebnis, dass bis 2060 der Subsahara-Gürtel in Afrika am meisten Verluste erleiden würde, nämlich in Höhe von 3,8% des BIP pro Jahr, dicht gefolgt vom Nahen Osten und Nordafrika mit 3,7%. Lösbar ist das Problem natürlich nicht durch Finanztransfers, etwa nach dem Motto „*jedem Afrikaner seine Air Condition*“, sondern der Klimawandel muss gestoppt werden.

FJ: Bei wem kommt dieses Geld an? Profitieren wir alle als Konsumenten davon?

Kaum. Die Ressourcenflüsse aus Schulden und anderen Finanzmarktmechanismen und der Profittransfer der TNC wandern bei uns praktisch vollständig in die Taschen von Banken, institutionellen Anlegern und Shareholdern. Ein Durchsickern auf die Gesamtbevölkerung gibt es lediglich über billige Rohstoffpreise, im Augenblick über einen niedrigeren Benzinpreis, wobei auch hier die Ölkonzerne die Preissenkungen nur zu einem geringen Teil an die Verbraucher weitergeben.

FJ: Ist eine wirkliche Entwicklungshilfe für Länder des globalen Südens überhaupt machbar?

Der Export von Entwicklung funktioniert so wenig wie der Export von Revolution. Die Geschichte von 60 Jahren Entwicklungshilfe ist da sehr instruktiv. Wirkliche Durchbrüche sind nur zu erreichen durch:

a. eine Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen zugunsten sozialer Gerechtigkeit,

b. eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen in den Entwicklungsländern selbst, vor allem der Verteilungssituation.

Das beste Beispiel dafür ist China. Was immer man sonst über das Land denken mag, es ist einmalig in der

Menschheitsgeschichte, dass innerhalb einer Generation 600 Millionen Menschen aus der Armut herausgekommen sind.

FJ: In Deutschland und anderen EU-Ländern gibt es eine breite Massenbewegung gegen TTIP, CETA und TISA. Gibt es in den Ländern des globalen Südens vergleichbare Bedrohungen durch "Freihandelsabkommen" mit Gegenwehr aus diesen Ländern?

Solche regionalen Abkommen haben das erklärte Ziel, Wachstum und Wohlfahrt bei denen zu erhöhen, die mitmachen. Wer draußen bleibt, oder draußen gehalten wird, hat dann Nachteile. „Draußen“ gehalten werden aber auch innerhalb eines Mitgliedsstaates

eines solchen Abkommens Branchen und Bevölkerungsteile, die nicht wettbewerbsfähig oder sozial marginalisiert sind. Wer von Hartz IV abhängig ist, hat nichts von TTIP. Wenn in einem Land keine funktionierenden Umverteilungsmechanismen von oben nach unten bestehen, profitieren weite Teile der Bevölkerung nicht von solchen Abkommen. Im Gegenteil, sie werden weiter abgehängt.

FJ: Welches sind bei WEED aktuelle Kampagnen zu den genannten globalen Problemen und wie ist dabei die Vernetzung mit anderen NGO's?

Wir beschäftigen uns nach wie sehr stark mit den Problemen des Finanzsystems und Steuergerechtigkeit. Um

die Finanztransaktionssteuer ist es zwar etwas still geworden, aber so wie es gegenwärtig aussieht wird es im Sommer aller Unkenruf zum Trotz zu einer Einigung zwischen zehn EU-Ländern kommen. Das Ergebnis entspricht nicht unseren Idealvorstellungen, aber immerhin wird hier etwas gegen den massiven Widerstand des Finanzkapitalismus durchgesetzt. In unserer Umweltabteilung liegt unser Schwerpunkt derzeit bei ökologischer Beschaffung, wie bei elektronischen Geräten.

Bei all unseren Aktivitäten und Kampagnen sind wir in deutsche und europäische NGO-Netzwerke eingebunden. Anders kann man heute nicht mehr erfolgreich Politik machen.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Krieg, Terrorismus und die globale Wirtschaftskrise

von Prof. Michel Chossudovsky, Montreal,
Deutsche Übersetzung in Luftpost 007/16 – 15.1.2016
Auszug aus 113 Thesen zu den Zusammenhängen zwischen verschiedenen Aspekten der gegenwärtigen globalen Krise: Der Krieg, der Terrorismus, die Entwicklung zum Polizeistaat, die Weltwirtschaft, die Wirtschaftskrise, die Finanzbetrügereien, die Korruption der Regierungen, die Armut und die soziale Ungleichheit, die Polizeiwillkür, Al-Qaida, und der ISIS, die Desinformation durch die Medien, der Rassismus, die Kriegspropaganda, die Massenvernichtungswaffen, die Aushöhlung des Völkerrechts, die Kriminalisierung der Politik, die CIA und das FBI, die Klimaveränderung, der drohende Atomkrieg, Fukushima, die radioaktive Verseuchung, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Allianz zwischen Russland und China, die Konflikte in Syrien und in der Ukraine, die NATO-Operationen unter falscher Flagge und die Wahrheit über die Anschläge am 11.09.2001.

Der Krieg und die Wirtschaftskrise

[...] 9. Die Wirtschaftskrise wird begleitet von einem weltweiten Militarierungsprozess und einem von den USA und ihren NATO-Verbündeten geführten "Krieg ohne Grenzen". In dem vom Pentagon losgetretenen "langen Krieg" geht es vorrangig um die Umstrukturierung der Weltwirtschaft. [...]

11. Unter dem Vorwand, freie Märkte schaffen zu wollen, wird ein "totaler Wirtschaftskrieg" geführt, der die Menschen arbeitslos, arm und krank macht. Weil die Kaufkraft systematisch zerstört wird, haben sich die Lebensbedingungen vieler Menschen rapide verschlechtert. Die letzten zwanzig Jahre der globalen "freien Marktwirtschaft" sind gekennzeichnet durch Verarmung, Zerstörung der Sozialsysteme und die Verelendung von Millionen Menschen.

12. Durch Marktmanipulation werden riesige Geldvermögen erworben. Die "Deregulierung" hat dem Finanzapparat die Instrumente zur Marktmanipulation und zum Betrug im großen Stil verschafft. 13. Durch das Ausnutzen von Insiderinformationen und Vorkenntnissen können Großspekulanten Marktbewegungen in Gang setzen, zu ihrem Vorteil lenken, Konkurrenten in den Ruin treiben und die Wirtschaft von Entwicklungsländern ins Chaos stürzen. [...]

Den Krieg beenden, Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit schaffen!

91. Krieg kann nur als Frieden ausgegeben werden, weil die Welt aus den Fugen ist. Es hat eine totale Begriffsverwirrung stattgefunden. Es wird der Eindruck erweckt, im Westen seien alle Menschen für den Krieg. Weil den Menschen das eigenständige Denken systematisch abgewöhnt wurde, akzeptieren sie widerspruchslos alles, was die Regierenden wollen. [...]

99. Wir müssen den "Krieg gegen den Terror" und den "heiligen US-Kreuzzug gegen den islamischen Dschihad" als Betrug entlarven und aufzeigen, dass sie nicht der Sicherheit der USA, sondern nur der Unterdrückung der US-Bürger dienen.

100. Ohne den "Krieg gegen den Terror" ist die derzeitige Politik der USA nicht mehr zu rechtfertigen. Sobald die "großen Lügen", mit denen er begründet wird, entlarvt sind, wird das politische Kartenhaus der US-Regierung zusammenstürzen. [...]

103. Wir müssen die Kriegstreiber und ihre Kriegsverbrechen anklagen und über die Rolle der Ölkonzerne, der Rüstungs- und Sicherheitsfirmen, der Finanzinstitutionen und der Medienkonzerne aufklären, die alle zu Bestandteilen der Kriegspropaganda-Maschinerie geworden sind.

104. Wir brauchen eine internationale Massenbewegung für den Frieden, die aus einem Netzwerk nationaler Friedensbewegungen besteht; die muss den politischen und militärischen Akteuren, welche die Interessen der Konzerne vertreten und dafür bezahlt werden, die behauptete Legitimität nehmen, in unserem Namen zu handeln. [...]

106. Die Errichtung dieses Netzwerks wird Zeit kosten. Wir sollten damit beginnen, die Friedensfrage in bestehende Organisationen hineinzutragen – zum Beispiel in Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Berufsgruppen, Studentenverbände und Bürgerversammlungen. Dabei sollten wir bedenken, dass die Führungen vieler NGOs – wie Amnesty International – inzwischen mit staatlichen oder privaten Förderungsgeldern "umgedreht" wurden. [...]

Globale Eskalation oder Rückkehr zur Vernunft?

von Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Der "Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen" wies bereits im Jahre 2007 in seinem Gutachten deutlich auf die Auswirkungen des Klimawandels hin, für den Menschen auf der nördlichen Erdhalbkugel hauptverantwortlich sind - und dessen Folgen vor allem die Menschen auf der Südhalbkugel tragen: In Form der Verschlechterung von Trinkwasserreserven, des Rückgangs der Nahrungsmittelproduktion, der Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen und einer dadurch ausgelösten Migrationswelle. Unsere westliche Leit-Kultur ist zu einer Leid-Kultur für viele Menschen weltweit geworden. Neu ist, dass die Folgen einer verfehlten Wirtschafts- und Sicherheitspolitik auf uns selbst immer mehr zurückschlagen.



Foto: Flickr (Kellerabteil)

Während des zweiwöchigen Klimagipfels in Paris Ende des Jahres 2015 haben die fünf größten privaten Öl- und Gas-Konzerne Exxon, Chevron, Shell, Total und BP zusammen 75 Milliarden US-Dollar an Börsenwert verloren (vgl. Der Spiegel, 19.12.2015, S. 64). Diese Summe lässt erahnen, wie groß die Widerstände in Paris gegen die Rettung unseres Planeten waren und sind.

Antworten auf die derzeitigen Herausforderungen sind offensichtlich - aber noch lange nicht gesellschaftlicher Konsens: Weniger Kohle verheizen, weniger Flugreisen, weniger Autoverkehr mit Verbrennungsmotoren, weniger Fleischkonsum, weniger Agrarsubventionen, weniger Rüstungsexporte - statt dessen mehr erneuerbare Energien, lokale Wirtschaftskreisläufe, mehr Bio- und fair gehandelte Produkte, regionale Währungen, mehr Kooperation statt Konkurrenz im Rahmen einer Weltinnenpolitik.

Für die Rettung von Banken wurden während der jüngsten Bankenkrise allein in Deutschland rund 500 Milliarden Euro bereit gestellt, in der gesamten EU ebenso wie in den USA jeweils rund zwei Billionen. "Wäre die Welt eine Bank - ihr hättet sie längst gerettet", hat Greenpeace sachlich völlig korrekt als Plakat veröffentlicht. Wenn größere Teile der Gesellschaft ihre Konten bei Großbanken kündigen und ethische Geldanlagen bevorzugen, ebenso ihre Stromversorgung wechseln hin zu Anbietern, die ausschließlich erneuerbare Energien im Angebot haben, wird sich allein durch diese beiden Maßnahmen vermutlich einiges zum Besseren hin bewegen.

Im Januar 2016 veröffentlichte Oxfam die neueste Studie zu globalen Fragen, in der zu lesen ist:

"Mittlerweile besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen. Nur 62 Menschen besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. (...) Ein wesentlicher Grund ist eine ungerechte Steuerpolitik. Reiche Einzelpersonen halten in Steueroasen rund 7,6 Billionen US-Dollar versteckt, neun von zehn großen Unternehmen haben mindestens eine Tochterfirma in Steueroasen. Sie entziehen sich damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Wer soziale Ungleichheit und Armut bekämpfen will, muss Steuergerechtigkeit schaffen und Steueroasen trockenlegen".

Christian Felber hat mit seinem Ansatz der "Gemeinwohl-Ökonomie" gangbare Alternativen zum derzeitigen Neoliberalismus aufgezeigt, ebenso Nico Paech mit seinen Überlegungen zur "Post-Wachstumsgesellschaft". Wir befinden uns weltweit in gewaltigen Transformationsprozessen, deren Ausgang noch offen ist.

Teilen statt Töten

Auch in Deutschland wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer und gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land. Gleichzeitig wurde im Vorfeld der diesjährigen Wahlen in mehreren Bundesländern die Angst

vor Flüchtlingen geschürt, fast täglich brennen deren Unterkünfte - und AfD-Chefin Frauke Petry spricht vom Einsatz von Schusswaffen gegen Menschen, von denen viele gerade dem Grauen des Krieges entflohen sind. Während PEGIDA-Anhänger um das "christliche Abendland" fürchten, bangen nicht nur Kirchenvertreter_innen um "das Christliche" im Abendland. "Teilen, nicht Töten", so lautet der programmatische Buch-Titel des Sozialethikers und Jesuiten Professor Friedhelm Hengsbach.

Zum Teilen gehört auch die massive Verbesserung der Lebensbedingungen in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, besonders auch in den dortigen Flüchtlingslagern im Rahmen eines neuen Entwicklungsplans für die Region. Es ist vermutlich der wirkungsvollste Ansatz, der weiteren Überforderung von Städten und Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme in Deutschland entgegen zu wirken - indem Menschen ermöglicht wird, in ihrer jeweiligen Heimat menschenwürdig zu überleben.

Herausforderung Rüstung

Im Bereich Sicherheitspolitik werden Atomwaffen - auch in Deutschland in Büchel - modernisiert - statt sie endlich abzuschaffen. Die Gefahren eines nuklearen Schlagabtausches sind wieder gestiegen. Die US-Regierung hat angekündigt, in den nächsten 30 Jahren rund eine Billion US-Dollar in die Modernisierung von Atomwaffen zu stecken.

Bei den weltweiten Militärausgaben lagen 2014 die USA mit 610 Milliarden US-Dollar immer noch einsam an der Spitze, gefolgt von China (216 Milliarden) und Russland (84,5 Milliarden). Während allerdings nach dem 11. September 2001 die USA fast genauso viel für Rüstung ausgaben wie alle anderen rund 190 Staaten der Erde zusammen, beträgt deren Anteil heute "nur noch" deutlich unter 40 Prozent - was ein erheblicher globaler Machtverlust bedeutet.

Die deutsche Verteidigungsministerin möchte bewaffnete Drohnen an-

schaffen, während vier ehemalige US-Drohnenmitarbeiter in einem offenen Brief Ende des Jahres 2015 an die US-Regierung schrieben, Drohneneinsätze - und deren Kollateralschäden - seien ein "Terrorzuchtprogramm". Da alle US-Drohnenangriffe in Asien und Afrika über die pfälzische US-Basis Ramstein koordiniert werden, wäre deren Schließung - bzw. Kündigung der Nutzungserlaubnis durch die Bundesregierung - ein großer Beitrag zum Weltfrieden.

Rund 130 Milliarden Euro hat Frau von der Leyen in den nächsten Jahren für neue Waffen gefordert. Am 29.10.2015 berichtete die Süddeutsche Zeitung: "Der Waffenhersteller Heckler und Koch verklagt die Bundesregierung, weil derzeit keine Ausfuhrgenehmigungen für Komponenten von G36-Gewehren nach Saudi-Arabien erteilt werden". Es ist dies ein in der deutschen Geschichte bisher einmaliger Vorgang - bei dem Heckler und Koch breiter gesellschaftlicher Widerstand zu wünschen ist, ebenso den massiven Aufrüstungs-Plänen der Verteidigungsministerin.

Multipolarität

Wir sind auf dem Weg in eine multipolare Welt - in der die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) eine immer größere Rolle spielen werden. In das Machtvakuum, das die US-Regierung im Mittleren Osten nach ihren verlorenen Kriegen in

Irak und Afghanistan hinterlassen hat, sind neue Akteure - wie Russland, Iran oder Saudi-Arabien - gestoßen. Zeiten des Niedergangs eines Imperiums waren immer schon unruhige Zeiten - bis eine neue "Macht-Ausbalancierung" sich wieder einstellt. In seinem Buch "Das Ende der Megamaschine" schreibt Fabian Scheidler: "Eine entscheidende Frage wird sein, ob die USA ihre Rolle als globaler Hegemon, die im 21. Jahrhundert nicht mehr zu halten ist, auf relativ friedliche Weise aufgeben oder nicht" [Anm. der Red. FJ: siehe Buchbesprechung in Ausgabe Nr. 6/2015].

Gelingt es z.B. der US-Regierung mittels TTIP und anderer Instrumente Westeuropa stärker in den US-Einflussbereich zu ziehen - oder wird der eurasische Kontinent wieder zu einer stärkeren Wirtschaftseinheit zusammen wachsen? Und welche Rolle wird in diesem Macht-Tauziehen noch dem Krieg in der Ukraine zukommen?

Aktuelle Herausforderungen

Warum wird Saudi-Arabien, das in Syrien und Jemen mit Iran einen Kampf um die Vorherrschaft um die Region austrägt und weltweit Koranschulen mit gefährlicher Ideologie finanziert, mit westlichen Waffen unterstützt - statt als Teil des Problems benannt?

Warum wird die Türkei, die den IS bisher unterstützte und Kurden, die gegen den IS kämpften, bombardierte, als

westlicher Kooperationspartner im Kampf gegen den IS gesehen?

Zivile, diplomatische Alternativen sind möglich, wie die Abschaffung der Chemiewaffen in Syrien oder das Atomabkommen mit Iran gezeigt haben. Bei entsprechendem politischem Willen könnte auch die am Vorabend der Münchner Sicherheitskonferenz 2016 beschlossene Vereinbarung der "Syrien-Unterstützergruppe" zu einem dauerhaften Waffenstillstand zwischen Regierungstruppen und Rebellen - sowie den jeweiligen Unterstützerstaaten auf beiden Seiten führen. Endlich könnten Eingeschlossene, Flüchtende, Verletzte und Verhungernde mit Hilfsgütern versorgt werden. Ein Scheitern der Genfer Syrien-Friedenskonferenz hätte furchtbare Folgen - daher lohnen derzeit alle diplomatischen Anstrengungen für einen Friedensschluss. Bei einem gleichzeitigen Weiterbomben gegen den IS haben diese Verhandlungen allerdings einen äußerst ungünstigen Rahmen.

Die Beendigung jeglicher Bombardierungen und die Suche nach einer nichtmilitärischen Lösung auch mit dem "Problem IS" scheinen mir zur Deeskalation und Stabilisierung der Region aussichtsreicher beizutragen als eine Fortsetzung des derzeitigen Eskalationskurses der verschiedenen Konflikt- und Kriegsparteien.

Handel statt Krieg

Im Herbst 2013 stellte Chinas Präsident Xi Jinping die Entwicklungsinitiative »Der ökonomische Gürtel Seidenstraße und die maritime Seidenstraße des 21. Jahrhunderts«, kurz »Ein Gürtel – eine Straße«, vor. Während der eine Teil der Initiative den Ausbau maritimer Infrastruktur und die regionale Kooperation über das Südchinesische Meer, des südlichen Pazifik und des Indischen Ozeans bis nach Afrika vorsieht, versteht sich der andere Teil als Wiederbelebung des Handels auf der alten Seidenstraße. [...]

Er steht für die Volksrepublik paradigmatisch – ganz im Sinne der chinesischen Softpowerstrategie – für eine auf wirtschaftlichem und kulturellem Austausch basierende friedliche internationale Zusammenarbeit zum Vorteil aller involvierten Seiten. Die »Ein Gürtel«-Initiative zielt zunächst auf die Integration der heute an der historischen Seidenstraße liegenden Länder und Regionen (China, Afghanistan, der Norden Indiens und Pakistans, Tadschikistan, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Turkmenistan, der Nor-

den Irans, Irak, Syrien) zu einem Wirtschaftsraum ab. Dies soll durch Ausbau der Infrastruktur, durch Vereinfachung und Intensivierung des Handels und Vertiefung der kulturellen Kontakte vorstatten gehen.

[...] China hat für diese Vorhaben einen mit 40 Milliarden US-Dollar ausgestatteten eigenen Entwicklungsfonds geschaffen. Es ist anzunehmen, dass auch die auf Pekings Initiative gegründete Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) das Ihre zur notwendigen finanziellen Basis der »Ein Gürtel – eine Straße«-Strategie beitragen wird. Politisch wird mit großer Wahrscheinlichkeit die Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit eine tragende Rolle spielen, der China, Russland, Tadschikistan, Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan als Vollmitglieder sowie die Mongolei, Afghanistan, Iran und Belarus als Beobachter angehören.

[...] Diese Strategie ist Gegenbewegung zur und Reaktion auf die US-amerikanische Hegemonialpolitik in Eurasien und der pazifischen Region.[...]

Quelle: *junge Welt* / 7.3.2016

Konversion von Rüstungs- auf Zivilproduktion ist machbar

von Anne Rieger, Bundesausschuss Friedensratschlag

Rüstungsbeschäftigte sind nicht unsere Gegner. Unsere Gegner sind die Eigner der Rüstungskonzerne und die Profiteure von Kriegen. Es sind die TeilnehmerInnen der in München jährlich stattfindenden Kriegskonferenz, „Sicherheitskonferenz“ genannt. Auf ihr wird die Abstimmung zwischen NATO-Strategie und den Kapitalinteressen realisiert. So wichtig und gut der breite Protest der 4000 gegen die Siko in München ist, genau so wichtig ist es, ein breites Bündnis für Rüstungskonversion zu gewinnen, und zwar auf betrieblicher als auch auf kommunaler Ebene, wo es möglich ist auch verbunden mit der Zivilklauselbewegung an Universitäten.

Rüstungsexport bleibt auf hohem Niveau

Die Fakten sprechen für die Notwendigkeit. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr Rüstungsexporte in Höhe von insgesamt 12,5 Mrd. Euro genehmigt. Das geht aus einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor. Wirtschaftsminister Gabriel hatte kürzlich zunächst nur die Summe der erteilten Einzelausfuhrgenehmigungen von 7,56 Mrd. Euro öffentlich bekanntgegeben. Dazu kommen Geschäfte durch Rüstungsk Kooperationen mit EU- und Nato-Partnern in Höhe von 4,96 Mrd. Euro - so genannte Sammelausfuhren. So ergibt sich eine Gesamtsumme bei den genehmigten Rüstungsgeschäften von 12,52 Mrd. Euro. Ein Teil der Steigerung entfällt auf den Verkauf von Kampfpanzern an Katar. Zusätzlich will Ministerin von der Leyen 130 Mrd. Euro unserer Steuer-gelder den Eignern der Rüstungskonzerne in den Rachen werfen.

Das Geld kommt eben nicht bei den KollegInnen in den Rüstungsschmieden an, sondern bei den Aktionären. Die geplante Erhöhung des Militärhaushaltes von derzeit 1,3 auf zwei Prozent würde die Steuervergeudungen von 35 Mrd. Euro auf etwa 56 Mrd. Euro jährlich erhöhen. Die Arbeitsplätze werden deswegen nicht sicherer, denn Rationalisierungen und

Auslandsvergabe stehen immer an. Nachhaltig sicher sind Rüstungsarbeitsplätze durch Konversion. Und Konversion ist machbar, obwohl uns häufig vorgeworfen wird, es seien naive Vorstellungen.

Konversionsbeispiele sind vorzeigbar

Beim Navigationshersteller Litef in Freiburg gelang es, von einer 100prozentigen militärischen Ausrichtung ab dem Jahr 2000 sukzessiv eine stärkere Hinwendung zum kommerziellen Markt zu erreichen. „Wir waren der Meinung, dass es nicht sein kann, dass so viele qualifizierte Beschäftigte ausschließlich für die Rüstung arbeiten. Wir wollten Alternativen, die das Unternehmen krisenfester machen“. Es war mit ein Verdienst des Vertrauenskörpers der IG Metall, dass Litef heute rund 50% zivile Fertigung hat. „Auf dieser Basis kann man sich auch erlauben, heikle Aufträge abzulehnen“, so Hermann Spieß, der damalige Geschäftsführer der IGM Freiburg. Eine Vertriebsabteilung „Zivile Produkte“ wurde aufgebaut und finanzielle Mittel in die Entwicklung ziviler Produktanwendungen investiert. Das Know-how im Bereich militärischer Elektronik bildete die Grundlage für die Entwicklung und Produktion von Testgeräten und Umweltsimulationen, die heute ein Standbein der Produktion sind. Durch Erfolge in zivilen Märkten konnte eine Stabilisierung der Mitarbeiterzahlen erreicht werden.

Die Nordseewerke GmbH in Emden, eine der größten deutschen Marinewerften mit Schwerpunkt U-Bootbau, war bis 2010 ein Tochterunternehmen des ThyssenKrupp-Konzerns (TKMS). Thyssen gab den Kriegsschiffbau in Emden auf und 2010 übernahm die Schaaf Industrie AG (SIAG) den Großteil der Nordseewerke, um Stahlbau-Komponenten für Offshore Windenergie Anlagen zu produzieren. „Wind statt Waffen!“ titelte der Spiegel 2010. Rund 700 Beschäftigte der TKMS wechselten zur SIAG, die zunächst erfolgreich mit der Fertigung begann. Später kam es zu Verzögerungen

beim Ausbau der Windenergieplattformen, zu Nachfrageschwankungen und Insolvenzen wegen der politisch gewollten Drosselung im Ausbau erneuerbare Energien.

Der Aufbau von neuen Fertigungsanlagen für den Lokomotivbau auf dem Gelände der ehemaligen Panzerfertigung von MaK in Kiel ist ein weiteres Beispiel. Ende der 1980er Jahre waren die Arbeitsplätze durch Rüstungsaufträge (U-Boote für Chile und Panzer) stark rückläufig. Der gewerkschaftliche Arbeitskreis „Alternative Produktion“ der IG Metall überlegte, wie man den Standort menschen- und umweltverträglicher sichern könnte. Die Vorschläge reichten von der Umsetzung regionaler Energieversorgungskonzepte bis zum Bau von neuen Lokomotiven. Deren Bau wurde in anderer Konstellation und mit zeitlicher Verzögerung realisiert. Im Verbund mit dem Bahnkonzern Vossloh gelang es, die schon fast geschlossene Lok-Sparte zum europaweit größten Diesellokhersteller auszubauen und so über 400 Arbeitsplätze zu schaffen. Es folgten mehrere umsatzstarke Jahre. Aufgrund von Markt- und Technikveränderungen gibt es inzwischen aber Probleme am Markt.

Die Beispiele zeigen, „dass grüne Produktion, saubere Energie und die Energieeffizienztechnologien ... für sichere Arbeitsplätze interessant“ sind, so Kai Burmeister, Gewerkschaftssekretär der IG Metall. Sie zeigen aber auch, dass die Umsetzung von Konversion gelingt, wenn das Management vom Erfolg auf dem Markt überzeugt werden kann und Druck von unten kommt.

Beim Bremer Konversionsprogramm half das historische Zeitfenster zum Ende des Kalten Krieges, so Prof. Wolfram Elsner, der ehemalige Bremer Landesbeauftragte für Konversionsfragen. 1990 gab es weltweit eine Abrüstungsphase, die Militärausgaben senken. In den Bremer Rüstungsunternehmen gab es 60 betriebliche Umstrukturierungsprojekte zwischen 1992 und 2001. Von den zwölf Bremer Rüstungsunternehmen bezogen zehn För-

dermittel über das Bremer Konversionsprogramm. Etwa 15% der Rüstungs-Arbeitsplätze wurden auf zivile Entwicklung und Produktion umgestellt.

Auf kommunaler Ebene aktiv

In Augsburg, einem Eldorado der Rüstungsindustrie, wird mit Geld von Stadt und Land ein Innovationspark errichtet. Die Zivilklauselbewegung an der Universität Augsburg kam auf, als bekannt wurde, dass dort auch die Rüstungsindustrie Einzug halten soll. Die Konzerne suchen mit der Unterstützung von Stadt und Land die Nähe zur Universität und ihren Forschungsressourcen. Die Auseinandersetzung an der Universität um eine Zivilklausel hat auch den Stadtrat erfasst. In Stellungnahmen zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan des Innovationsparks hat sich das Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung kritisch positioniert und die Stadt aufgefordert, solche Aktivitäten nicht zu fördern. Die Vertreter von SPD, Grünen und den Freien Wählern konnten die Ablehnung der Zivilklausel durch den Stadtrat in Augsburg mittels eines Patts in der Abstimmung verhindern. Eine breite öffentliche Diskussion, die Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausübt, bleibt auch in Augsburg das langfristig wirksamste Mittel gegen die Militarisierungsprozesse in der Stadt. Die BürgerInnen können dabei auf ein Netzwerk linker Bündnisse und Friedensinitiativen zurückgreifen. So predigte beispielsweise auf dem Augsburger Friedensfest Margot Käßmann und übte öffentlich Kritik an den Rüstungsexporten.

Das Kasseler Friedensforum hatte anlässlich einer Demonstration mit 300

TeilnehmerInnen einen Appell an die Stadt Kassel formuliert: Die Stadt soll „Initiativen ergreifen und unterstützen, die aus Kassel eine Stadt des Friedens machen sollen. Dazu gehören:

- öffentlicher Protest gegen den Export von Kriegswaffen aus Kassel in Spannungsgebiete und an Regime mit einer problematischen Menschenrechtssituation

- politischer Druck auf die Kasseler Rüstungsunternehmen ihre Produktpalette zu demilitarisieren und zivile Geschäftsfelder aufzubauen, und

- politische Initiativen bei Land und Bund zur Konversion (Umstellung) der Rüstungsproduktion.

Spielräume der Kommunen sind größer als sie häufig genutzt werden und können Friedensinitiativen Möglichkeiten bieten, aktiv zu werden, um eine Ächtung der Waffenproduktion zu popularisieren.

Debatte in der IG Metall

Wohlstand und Arbeitsplätze hängen nicht von der sog. „wehrtechnische“ Industrie ab. 1989 waren 400.000 Beschäftigte in dieser Branche tätig. Heute sind ca. 80.000 Arbeitsplätze von Rüstungsgütern abhängig bei insgesamt 3,4 Mio Beschäftigten in der Metallindustrie. Betriebliche und regionale Umstrukturierungen gab und gibt es immer im Kapitalismus. Dass sie bewältigt werden können wenn politisch gewollt, zeigen Beispiele wie die Kohle- oder Textilindustrie oder die Vielzahl von Insolvenzen. Auch innerhalb der Kriegsindustrie selber gab und gibt es immer wieder Umstrukturierungen. So können z.B. durch den drohenden Drohnenbau andere Kriegsinstrumente von den Herrschenden als überflüssig

angesehen werden. Der Titel des „Exportweltmeisters“ wäre ohne Rüstung nicht gefährdet. Der Anteil der Rüstungsexporte an allen Ausfuhren liegt bei unter 1 %.

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 2015 wurden 24 Anträge zum Thema Konversion und Frieden gestellt, gegenüber nur drei auf dem vorhergehenden Kongress. Die Delegierten nahmen sich zu diesem zweitgrößten Antragspaket eineinhalb Stunden Zeit für die Diskussion um „den Widerspruch zwischen dem friedenspolitischen Engagement der Gewerkschaften und dem Erhalt von Arbeitsplätzen aufzuheben“. Mehrere Delegierte sprachen sich eindeutig aus „gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr“, ein „Verbot von Waffenexporten“ und für eine „Wiederaufnahme der Diskussion über Rüstungskonversion“. Bei anderen lag der Schwerpunkt auf der Beschäftigungssicherheit und der Forderung an die IGM, sich für den Strukturwandel in der Industrie einzusetzen. Der Vorstand beschloss die Erarbeitung eines „betrieblichen Handlungsleitfadens für Innovations- und Diversifikationsprojekte“. Der Bezirksleiter aus Baden-Württemberg, eingeladen zu Friedensratschlag, referierte vor 400 FriedensfreundInnen das für die IG Metall komplizierte Thema, bei dem sie im Spannungsfeld zwischen Friedenspolitik und Arbeitsplätzen steht. Er plädierte als Ziel „realistische Ansätze zur Ablösung einseitiger Abhängigkeiten von der Rüstungsproduktion“ ins Auge zu fassen, warb für „Konversion und Diversifikation“. Er wird auf dem Ostermarsch sprechen.

Wirtschaftsfaktor Militäreinrichtungen

Auszug aus einem Interview mit Katrin Werner, Landesvorsitzende der Partei Die Linke in Rheinland-Pfalz

Frage: In Rheinland-Pfalz sind die Militäreinrichtungen Spangdahlem und Ramstein in den Schlagzeilen unter anderem wegen zunehmenden Fluglärms oder Einsatz von Drohnen. Wie thematisieren Sie das?

K.W.: Bekannt wurde auch, dass die USA ihre auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel stationierten Atomwaffen modernisieren will. Wir fordern den sofortigen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland.

Es gibt auch entsprechende Bekenntnisse der Landesregierung. Aber tatsächlich hat sie das Thema klein gehalten und versucht, die Militäreinrichtungen als wirtschaftlich nützlich darzustellen.

Wovon keine Rede sein kann: Umweltverschmutzung und Lärmbelastung kosten den Steuerzahler viel Geld. Allein die Bauvorhaben für solche Militäreinrichtungen kosten den Bundeshaushalt seit 2006 mehr als 573 Millionen Euro, allein 2015 waren es 63 Millionen. Die Kosten für die Verschmutzung der Gewässer durch den Luftwaffenstützpunkt Spangdahlem betragen bislang für den Bundeshaushalt 83 Millionen Euro.

Quelle: junge Welt, 5.3.2016

Münchener SiKo 2016: Im Dienst der Kriegsvorbereitung

von Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI), Tübingen

Die Relevanz der Münchner Sicherheitskonferenz lässt sich unter anderem daran ersehen, dass sie im aktuellen Ranking der wichtigsten Denkfabrik-Tagungen der Welt ihren Spitzenplatz aus dem Vorjahr behauptet hat. Auch 2016 versammelten sich zwischen dem 12. und 14. Februar erneut „etwa 600 hochrangige Führungspersönlichkeiten der internationalen Politik“. Damit ist das Treffen in der bayerischen Hauptstadt nicht nur nach Selbsteinschätzung die zentrale „Bühne für die wichtigsten sicherheitspolitischen Entscheidungsträger.“ Eine der wohl wichtigsten Funktionen der Konferenz besteht traditionell darin, der breiten Öffentlichkeit die wesentlichen sicherheits- bzw. militärpolitischen Kernfragen – und häufig auch gleich die Antworten – für das anstehende Jahr zu präsentieren.

ten Krieg, sondern er betonte in aller Deutlichkeit, dass dieser schon begonnen habe.

Syrien: Verhandeln und schießen

Mittlerweile tobt in Syrien seit fast fünf Jahren ein unerbittlicher (Bürger-)Krieg, in den mehrere dutzend Staaten sowie unzählige lokale Gruppen involviert sind, die aus dem Land eine „geopolitische Hölle“ gemacht haben. Laut dem „Syrian Center for Policy Research“ hätten durch den Krieg 470.000 Menschen ihr Leben verloren und fast 2 Millionen seien verletzt worden, was 11,5% der Bevölkerung entspräche.

Vor diesem Hintergrund werden die Bemühungen um die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen zumeist als Versuch interpretiert, die brisante

besteht aber weiterhin keine Einigkeit. Der Westen will Assad loswerden, Russland steht ihm weiter zur Seite.

Während über eine Lösung des Syrien-Konfliktes verhandelt wurde, setzten die engen westlichen Verbündeten Türkei und Saudi Arabien voll auf Eskalation.

Damit wird noch weiter Öl in ein Feuer gegossen, das ohnehin schon hoch genug brennt. Welches Eskalationspotenzial der Situation innewohnt, wird auch aus einem Interview ersichtlich, das der russische Ministerpräsident Medwedew kurz vor Beginn der Sicherheitskonferenz gab:

„Die Amerikaner und unsere arabischen Partner müssen es sich gut überlegen: Wollen sie einen permanenten Krieg? [...] Alle Seiten müssen gezwungen werden, am Verhandlungstisch Platz zu nehmen, anstatt einen neuen Weltkrieg auszulösen.“

NATO: Si vis pacem, para bellum!

Nicht nur was Syrien anbelangte standen sich die Positionen des Westens und Russlands unversöhnlich gegenüber. Auch bezüglich der Ukraine beschuldigten sich beide Seiten gegenseitig, an der völlig verfahrenen Situation Schuld zu sein.

„Si vis pacem, para bellum!“ („Wenn Du Frieden willst, rüste Dich für den Krieg!“), diesen Spruch muss der seit dem 1.10.2015 amtierende NATO-Generalsekretär Stoltenberg im Kopf gehabt haben, als er seine Rede für München konzipierte. Es sei beides erforderlich, Rüstung und Dialog, um mit Russland wieder zu einem konstruktiven Verhältnis zu gelangen: „Wir haben ein aggressiveres Russland erlebt. Ein Russland, das die europäische Sicherheitsordnung destabilisiert“, so Stoltenberg in seiner Rede bei der Sicherheitskonferenz. „Ich bin der festen Auffassung, dass die Antwort in beidem liegt, mehr Verteidigung und mehr Dialog.“ Doch was als zweigleisiger Ansatz verkauft wird, entpuppt sich letztlich als Rechtfertigung, die massive Aufrüstung der NA-



Demonstration gegen die Münchner Sicherheitskonferenz 2016, Foto: Michael Hofmann, Flickr

In diesem Jahr standen die Auseinandersetzungen in Syrien und in der Ukraine, vor allem aber das damit eng zusammenhängende und völlig zerrüttete westlich-russische Verhältnis im Zentrum. Zwar wurde vom Westen dabei allenthalben Gesprächsbereitschaft signalisiert, gleichzeitig aber so heftig an der Eskalationsschraube gedreht, dass an eine Lösung der mannigfaltigen Konflikte in absehbarer Zeit wohl nicht zu denken sein wird. Neben der parallel erfolgten Eskalation des Syrien-Kriegs durch die Türkei war deshalb auch fast folgerichtig der Auftritt des russischen Ministerpräsidenten Dmitri Medwedew der traurige „Höhepunkt“ der Konferenz. In seiner Rede warnte er nicht vor einem Neuen Kal-

Lage zu entschärfen. In diesem Zusammenhang wurde der Öffentlichkeit unmittelbar vor Beginn der Sicherheitskonferenz die „Münchner Vereinbarung“ präsentiert. Bei einer Pressekonferenz von US-Außenminister John Kerry und seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in der bayerischen Hauptstadt wurden die drei Kernpunkte erläutert: Eine „Feuerpause“ innerhalb einer Woche, die Lieferung humanitärer Hilfe sowie die Aufnahme eines politischen Prozesses zur langfristigen Deeskalation der Lage. Allerdings könnten die Auffassungen, wie dies zu bewerkstelligen ist, kaum unterschiedlicher sein, da der zentrale Knackpunkt ungelöst bleibt: Über das Ziel dieses Prozesses

TO-Ostflanke weiter zu intensivieren. So schreibt Spiegel Online:

„Die NATO unternimmt die größte Stärkung ihrer kollektiven Verteidigung seit Jahrzehnten. Das Ziel ist es, ein machtvolles Signal auszusenden, um jedwede Aggressionen und Einschüchterungsversuche abzuschrecken. Dies geschieht nicht, um Krieg zu führen, sondern um Krieg zu verhindern. [...] Diese Woche haben die NATO-Verteidigungsminister wichtige Schritte in diese Richtung beschlossen. Wir haben uns darauf geeinigt, unsere Vorwärtspräsenz im östlichen Teil des Bündnisgebietes auszubauen.“

Die NATO selbst hat schon seit einiger Zeit umfassende gegen Russland gerichtete Aufrüstungsmaßnahmen eingeleitet. Dazu gehört unter anderem die Aufstellung einer „Ultraschnellen Eingreiftruppe“ („Very High Readiness Joint Task Force“) für Einsätze im unmittelbaren Umfeld Russlands, die massive Ausweitung der Manövertätigkeit und die Einrichtung neuer Militärbasen in Osteuropa, wohin auch zusätzliche Truppen und Material verlegt wurden. Dieser Prozess soll nun weiter intensiviert werden, obwohl es die NATO-Russland-Akte aus dem Jahr 1997 eigentlich untersagt, dass das westliche Militärbündnis in Osteuropa „zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert.“ Aus diesem Grund war bislang zumeist von rotierenden Einheiten und relativ geringen Kontingenten die Rede, was sich allerdings nach den Beschlüssen des Treffens der NATO-Verteidigungsminister am 10./11. Februar 2016 mittlerweile anscheinend erledigt hat:

„Die Nato plant die größte Aufrüstung in Osteuropa seit Ende des Kalten Krieges. Das Bündnis will mehr Truppen und Material aufstellen, um Russland abzuschrecken. [...] Nach Angaben aus Bündniskreisen ist im Gespräch, pro Land bis zu 1000 Bündnissoldaten zu stationieren. Als Standorte sind neben den baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen auch Polen, Bulgarien und Rumänien vorgesehen.“

Genau diese Aufrüstung der NATO-Ostflanke rechtfertigte Stoltenberg dann wiederum in seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz unter Verweis auf

russische Aggressionen. Gleichzeitig blieb aber der „Dialogpart“ bis auf einen reichlich halbseidenen Verweis, der Gesprächsfaden solle im Rahmen des NATO-Russland-Rates wieder aufgenommen werden, in seiner Rede reichlich unterrepräsentiert.

Medwedew und der Neue Kalte Krieg

Dass in verschiedenen Reden deutlich wurde, dass es um die westlich-russischen Beziehungen vorsichtig formuliert nicht allzu rosig bestellt ist, ist keine Überraschung. So äußerte sich etwa der russische Außenminister Sergei Lawrow in seiner Rede folgendermaßen:

„Die Nato und die EU verweigern sich voll, mit Russland zusammenzuarbeiten. Sie bezeichnen uns als ihren Feind und liefern Waffen, um diese Trennlinien aufrechtzuerhalten. [...] Die alten Instinkte scheinen noch da zu sein [...] In einigen Bereichen ist es noch wie zu Zeiten des Kalten Krieges oder sogar schlimmer. [...] Die ideologische Konfrontation scheint wieder zu ihrem Alltag zurückgekehrt zu sein.“

Doch es war die Rede Dmitri Medwedews, die zum traurigen Höhepunkt der Sicherheitskonferenz werden sollte. Bekanntlich hatte der damalige und heutige russische Präsident Wladimir Putin bereits 2007 ebenfalls bei der Münchner Sicherheitskonferenz mit aller Schärfe vor einem Neuen Kalten Krieg gewarnt. Heute hat sich die Situation nochmals deutlich verschärft, was wahrscheinlich anders gekommen wäre, hätte der Westen die 2008 unterbreiteten Warnungen Medwedews, zwischenzeitlich Putins Nachfolger als Präsident, eine europäische Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands aufzubauen, nicht in den Wind geschlagen. Spätestens seit damals befinden sich die Beziehungen im freien Fall und haben einen Punkt erreicht, an dem Experten ernsthaft vor der Möglichkeit direkter bewaffneter Zusammenstöße warnen.

Insofern konnte man bereits ahnen, wohin die Reise gehen würde, als der eher als gemäßigt geltende Medwedew in seiner Rede gleich zu Anfang direkt Bezug auf Putins frühere Generalkritik des Westens nahm. Die anschließenden

Aussagen Medwedews ließen dann auch dementsprechend nichts an Deutlichkeit vermissen:

„Der vorgeschlagene europäische Sicherheitsvertrag ist auf Eis gelegt. [...] Wir glauben, dass die Politik der NATO gegenüber Russland weiter unfreundlich und unerbittlich ist. Man kann es auch schärfer sagen: Im Grunde sind wir in die Zeit eines neuen Kalten Krieges gerutscht. Russland wird als die größte Gefahr für die NATO dargestellt, oder für die USA, oder für Europa und andere Länder (und Herr Stoltenberg hat genau dies gerade untermauert). Sie zeigen angsteinflößende Filme über ein Russland, das einen Atomkrieg beginnt. Ich bin manchmal irritiert: Haben wir 2016 oder 1962?“

Besonders auch in den Medien war man daraufhin überaus erbost, dass Medwedew die Unverschämtheit besaß, den desolaten Zustand des westlich-russischen Verhältnisses offen zu beschreiben. So wurde etwa im Deutschlandfunk lamentiert:

„Ein Hauch von Schock wehte durch die Flure und Hallen des Bayerischen Hofes. Erwartet, erhofft hatte man von Russlands Premierminister Dmitri Medwedew ein Bekenntnis zu einem raschen Ende der Bombenangriffe in Syrien. Stattdessen gab Russlands Premier den aggressiven Hardliner: Er verortete Russland und den Westen in einem neuen kalten Krieg.“

Eskalation durch die Dämonisierung Russlands

So hinterlässt die Münchner Sicherheitskonferenz ein überaus mulmiges Gefühl. Niemand muss beschönigen, dass auch Russland aktuell versucht, seine Interessen mit harten Bandagen durchzusetzen. Dies gilt aber in mindestens ebenso großem Maße für den Westen, der in jedem Fall die jüngste Spirale machtpolitischer Auseinandersetzungen durch seine aggressive anti-russische Politik in Gang setzte. Wenn die Münchner Sicherheitskonferenz in diesem Zusammenhang eines demonstriert hat, so die völlige Unfähigkeit des Westens, sich selbstkritisch mit der eigenen Rolle auseinanderzusetzen. Doch Russland weiter völlig einseitig zu kritisieren und zu dämonisieren wird immer größere Probleme schaffen.

Öcalans Visionen: Globale Alternativen - nicht nur für Kurden

Abdullah Öcalan: *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt*

Mezopotamien Verlag, 2. Auflage 2015, 578 Seiten (Hardcover) ISBN-Nr. 978-3941012202, 15 € / Hardcover 25 €

Dieses Buch ist die bisher ausführlichste Darstellung von Philosophie und Politik der PKK und der kurdischen Befreiungsbewegung aus der Feder ihres wichtigsten politischen Repräsentanten.

Öcalans Vision einer kommunal organisierten demokratisch-ökologischen Gesellschaft gab der kurdischen Bewegung wichtige Impulse und bietet Anregungen für die globale Debatte um einen neuen Sozialismus. Sein Plädoyer gegen staatliche Gewaltverhältnisse und Krieg und Gewalt zur Durchsetzung von Machtinteressen bildet ihr theoretisches Fundament. Die Prinzipien des demokratischen Konföderalismus und der demokratischen Autonomie werden hier erstmals ausformuliert.

Quelle: www.freedom-for-ocalan.com

Die aktuelle politische Situation in der Türkei ist geprägt davon, dass Staatspräsident Erdogan nicht nur die PKK nach wie vor als Terrororganisation bezeichnet, sondern praktisch die gesamte kurdische Bevölkerung unter Terrorismusverdacht stellt. Für seine innenpolitisch reaktionäre Politik stehen beispielsweise seine wiederholten Äußerungen, dass Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau unnatürlich sei.

Die PKK wurde in Deutschland 1994 als Terrororganisation eingestuft und verboten, was heute noch als Damoklesschwert über kurdische Aktivist*innen in Deutschland hängt. Heute ergibt sich jedoch ein völlig anderes Bild von der PKK gegenüber dem damaligen Zeitpunkt, vor allem mit Blick auf die aktuelle politische Programmatik des immer noch als Anführer der PKK geltenden Abdullah Öcalan.

Seit seiner Entführung aus Kenia am 15.2.1999 befindet sich Abdullah Öcalan auf der Insel Imrali in Isolation. Trotz seiner bis heute andauernden widrigen Umstände ist er seitdem publizistisch sehr aktiv.

Das vorliegende Buch erschien bereits im Mai 2004 in türkischer Sprache bzw. in deutscher Erstauflage in 2010

und kann mittlerweile als Klassiker bezeichnet werden.

Der Titel des Buches fasst bereits programmatisch zusammen, was als alternativer Gesellschaftsentwurf zu sehen ist.

Im aktuellen politischen Diskurs um die kriegerisch-terroristische Auseinandersetzung Erdogans mit den Kurden wird zunehmend das Verständnis für einen eigenen kurdischen Staat geäußert und dabei übersehen, dass die Programmatik Öcalans überhaupt nicht einen eigenen Staat anstrebt, sondern ein Modell lokaler Autonomie und Selbstverwaltung. In seinem Buch legt er Wert auf die Feststellung, dass auch die PKK niemals die Forderung nach einem eigenen Kurdenstaat erhoben habe.

Weltweite Aufmerksamkeit erlangte dieses Modell Ende 2014 bei der Selbstverteidigung der kurdischen Stadt Kobane gegen die IS-Milizen, bei der auch der gleichberechtigte (bewaffnete) Kampf von Frauen eine maßgebliche Rolle spielte.

Öcalan spannt in seinem Buch einen großen Bogen mit Bezügen zur Geschichte seiner Region, wo die ältesten Hochkulturen der Menschheit angesiedelt waren. Er erweist sich aber auch als Kenner der europäischen Geschichte. Die Erfahrungen des Realsozialismus werden bei ihm ebenso kritisch reflektiert wie die Geschichte seiner eigenen Organisation – der PKK.

Auf diese Reflexionen aufbauend entwirft er das Modell einer demokratisch-ökologischen Gesellschaft, die „grundsätzlich außerhalb von staatlicher Macht aufzubauen“ ist. Dazu gehört für ihn auch die Abschaffung des staatlichen Militär-Macht-Komplexes.

Eine besondere Rolle spielt für ihn die völlige Gleichberechtigung von Mann und Frau: „Das Maß der Freiheit in einer Gesellschaft wird durch das Maß der Freiheit der Frauen in ihr bestimmt“. So seine Einleitung zu einem eigenen Programmpunkt. Dabei bezieht er sich auch auf die herausragen-

de Rolle der Frau in frühen Zivilisationen der Region. Diese wieder herzustellen, ist für ihn nicht nur eine demokratische und sozialistische Aufgabe, sie würde auch einen neuen Gesell-



schaftstyp im Nahen Osten schaffen, da auch der Mann aus patriarchalischen Strukturen befreit würde.

Interessant sind seine bereits 2004 formulierten Hinweise auf heute sehr aktuelle Probleme, die er als „dritte große Offensive der Globalisierung“ bezeichnet - siehe die laufende TTIP-Debatte. „Die Ära der internationalen Beziehungen weicht einer Ära der Beziehungen zwischen Konzernen. Der Nationalstaat verwandelt sich in einen Konzernstaat.“

Seinen ökologischen Ansatz sieht er darin, „durch Kommunen, Kooperationen und verschiedene Assoziationen eine Wirtschaft zu entwickeln, die nicht auf Warenproduktion und Verdinglichung beruht und die nicht schädlich für Gesundheit und Umwelt ist.“

Letzteres wird von ihm als weitestgehend utopisch ausgewiesen, was aber nur auf die Zukunft verweist. Die Verbindungen von Utopien und tagespolitisch aktueller Programmatik verweisen damit auch auf global mögliche Alternativen.

Karl-Heinz Peil



Aufruf zum Ostermarsch in Stuttgart:

Fluchtursache Krieg bekämpfen! Kriegseinsätze sofort beenden!

Millionen Menschen fliehen vor Krieg, Zerstörung, Gewalt, Diskriminierung und Armut. Der Hauptgrund, aus dem sie fliehen, sind Kriege und die Folgen dieser Kriege in ihrer Heimat. Die Mehrheit der Flüchtlinge kommt aus dem zerschlagenen Jugoslawien, Afghanistan, dem Irak, und Syrien, genau jenen Ländern, gegen die NATO Staaten Krieg führten oder führen.

Die Bundeswehr ist fast überall dabei.

- In **Jugoslawien** führte auch die Bundeswehr 1999 gemeinsam mit der Nato jenen Krieg, der die heutigen Verhältnisse der Verelendung und schwer erträglichen Lebensbedingungen hinterlassen hat.

- In **Afghanistan** führt die Bundeswehr seit 2001 bis heute Krieg.

- Gegen den **Irak** führten die USA und ihre „Willigen“ 1991 und 2003 Krieg auch von ihren Stützpunkten von deutschem Boden aus. Seit 2015 ist auch die Bundeswehr dabei und bildet kurdische Peschmerga an den von ihr gelieferten modernen Waffen aus.

- Seit 2013 ist der Krieg in **Syrien** ein von außen bewaffneter Bürgerkrieg unter dem erklärten Ziel des Regimewechsels. Von Anfang an mischten sich maßgeblich Golfstaaten, die Türkei und die USA mit Finanzierung, Waffenlieferungen und Geheimdienstoperationen ein. Die Bundeswehr beteiligte sich ebenfalls mit der Stationierung von Flugabwehrsystemen (angeblich zum Schutz der Türkei) im Rahmen der NATO. Heute tobt dort ein internationaler Krieg. Westliche Staaten und Russland fliegen täglich Bombenangriffe. Die Zahl der Akteure und ihre Interessen sind kaum durchschaubar.

Die Terrormiliz Islamischer Staat kontrolliert große Teile Syriens und des Iraks und nun wohl auch Libyens. Die Bevölkerung ist zu Millionen als Flüchtlinge in der Region und nun auch Richtung Europa unterwegs. Seit Dezember 2015 beteiligt sich die Bundeswehr mit Tornado Zielerfassungsflügen, der Luftbetankung von Kampffjets und einer Fregatte am Krieg.

Gleichzeitig unterstützt die Bundesregierung die **Türkei** mit Geld und Waffenlieferungen, damit diese im Gegenzug die Flüchtlingsabwehr für Europa übernimmt. Damit erhält Erdogan auch noch freie Hand für seine Kriegspolitik gegen die eigene Bevölkerung in den kurdischen Gebieten.

- Auch **Libyen** wurde von Staaten der EU und der USA mit Unterstützung von Flugplätzen

und militärischer Infrastruktur in Deutschland 2011 zerbombt. Krieg und Militärintervention auch der Bundeswehr in Mali waren eine der Folgen. Libyen selbst ist völlig destabilisiert, auch hier breitet sich der „islamische Staat“ aus. Seit Januar 2016 ist dort ein weiterer Bundeswehreininsatz geplant.

- Auch in der **Ukraine** wurde ein Krieg vom Zaun gebrochen. Die Unterstützung des Westens für einen Regierungswechsel hat dort die Gefahr einer Konfrontation mit der Atommacht Russland verschärft.

Das Ergebnis all dieser „Militäreinsätze“ der letzten 20 Jahre ist eine Geschichte des Massensterbens, der Zerstörung, Verwüstung und sozialen Verelendung ganzer Regionen. Mit keinem dieser Kriege wurden irgendwelche Fortschritte für Menschenrechte, Demokratie oder ein besseres Leben der Menschen erzielt.

Der Zug der Flüchtlinge nach EU-Europa beweist das Gegenteil. Er zeigt aufs Neue, dass Krieg ein Verbrechen ist, für das es keine Rechtfertigung gibt.

Auch eine „Exportnation“ muss keine Waffen und Krieg exportieren. Das Völkerrecht und das Grundgesetz verbieten es, „Märkte und Rohstoffe“, mit militärischen Mitteln zu sichern. Die deutsche Vergangenheit verbietet es in besonderem Maße, „Verantwortung“ mit militärischen Mitteln wahrzunehmen, wie es der amtierende Bundespräsident immer wieder fordert.

Kriegseinsätze beenden!

Die Bundeswehr hat in Afghanistan, im Irak, in Syrien, in Mali, im Sudan und anderswo nichts zu suchen! Wir fordern ein Ende der militärischen Kooperation mit der Türkei.

NATO auflösen!

25 Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation hat die NATO jede Rechtfertigung als Verteidigungsbündnis verloren. Sie ist ein reines Kriegs- und Interventionsbündnis.

Bundeswehr abrüsten!

eingesparte Rüstungsmilliarden werden für Erhaltung und Ausbau der Sozialsysteme und für die Beseitigung von Fluchtursachen in aller Welt gebraucht.

Auch von Baden-Württemberg und Stuttgart muß Frieden ausgehen!

Die US Kommandozentralen AFRICOM und EUCOM, die Drehscheiben für die meisten

Karsamstag, 26.3.2016

12 Uhr „Karrierezentrum“ der Bundeswehr, (Heilbronner Str. 188 - U-Haltestelle Löwentorbrücke, U 6, U7, U 15 vom Hauptbahnhof Richtung Gerlingen, Mönchfeld, Stammheim)

14 Uhr Schloßplatz

geschilderten Kriege sind und waren, müssen geschlossen werden!

Grenzen öffnen für Menschen - Grenzen schließen für Waffen

Deutschland hat 2014 die Kriegswaffenexporte um 60 % auf 3.4 Milliarden € gesteigert und ist damit der viertgrößte Waffenexporteur der Welt. Sechzig Prozent dieser Exporte gehen außerhalb der NATO in Regionen, in denen Menschenrechte mit Gewalt unterdrückt werden – unter Missachtung eigener Export-Richtlinien. Wir wollen keine Rüstungsexporte. Das Asylrecht muß erhalten und gestärkt werden! Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern muß es uneingeschränkt gewährt werden!

Zivile Produktion statt Rüstungsexporte

Die Konversion von Rüstungsproduktion ist nötig, ebenso wie das Ende von militärischer Forschung an den Hochschulen.

Friedensbildung statt Militarisierung

Die Bundeswehr wirbt verstärkt in Bildungseinrichtungen – nicht nur in Schulen, sogar schon in Kindergärten. Aber auch bei Ausbildungsmessen, in Arbeitsagenturen, in Medien und bei Volksfesten wird um Nachwuchs und für Zustimmung für die von ihr geführten Kriege geworben. Wir fordern Schluss mit dem Werben fürs Sterben. Wir fordern eine sofortige Kündigung der Kooperationsvereinbarung der Bundeswehr mit den Baden-Württembergischen Kultusministerium von der neuen Landesregierung. Jugendoffiziere haben an Schulen und Lehrausbildung nichts zu suchen.

Für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen

Atomare, biologische und chemische Waffen lehnen wir strikt ab, erst recht die vorgesehene Aufrüstung der Atomwaffen in Büchel. Auch die friedliche Nutzung der Atomenergie gefährdet unsere Zukunft. Zur Energiewende und einer Ressourcen schonenden Wirtschaftsweise gibt es keine Alternative. Nachhaltiges Wirtschaften und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sind auch Friedenspolitik.

Wir schulden der Welt keine Soldaten

Nur eine aktive Friedenspolitik gepaart mit fairem Welthandel kann Kriege und Elend vermeiden!

**Gemeinsamer Ostermarsch-Aufruf 2016 der Kooperation
für den Frieden und des Bundesausschusses Friedensratschlag**
Fluchtursachen bekämpfen – nicht Flüchtende
Kriegseinsätze sofort beendigen
Unterdrückung beseitigen – Menschenrechte durchsetzen

Mit dem Militäreinsatz in Syrien wird Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges zum dritten Mal Kriegspartei. Weltweite Massenflucht und Massenelend im Ergebnis von Krieg und Unterdrückung haben ein erschreckendes Ausmaß erreicht: Krieg ist nicht die Lösung. Krieg ist Terror und die Ursache neuer Konflikte.

Eine gesameuropäische Friedensordnung und Solidarität mit den zu uns kommenden Menschen sind gefragt. Statt Milliarden Gelder aus Machtinteressen für Militärgewalt und die Profite der Rüstungskonzerne auszugeben, sollten diese Mittel zur Unterstützung für Flüchtlinge und Zivilbevölkerung verwendet werden.

Die Finanzströme des „IS“ sind auszutrocknen, der Nachschub an neuen Waffen und Kämpfern ist zu unterbinden. Eine weltweite Koalition der Friedliebenden kann den Teufelskreis von Krieg, Terror und Flucht durchbrechen.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Keine Beteiligung der Bundeswehr am sog. Krieg gegen den Terror, wie z.B. in Afghanistan, Syrien, Irak, Libyen, Mali und der Türkei
- Eine aktive Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa unter Einbeziehung Russlands
- Einhaltung von Grundgesetz, Völker-, Asylrecht und Genfer Flüchtlingskonvention
- Stopp aller Waffenexporte, keine Waffenlieferungen in die Kriegsregion Nahost, einen Fonds für Rüstungskonversion
- Keine Zusammenarbeit mit Regierungen, die den „IS“ oder andere Terrormilizen unterstützen

Wir setzen Ostern ein Zeichen für eine andere Politik.
Wir fordern Frieden, Abrüstung, internationale Solidarität



**Trident ausmustern: Großdemo
gegen britische Atowaffen**

Kampagne für Nukleare Abrüstung (CND):
60.000 auf der Straße / Konservative wollen
Atomwaffenarsenal erneuern - für 31 Milliarden
Pfund

Labour-Chef Corbyn stellt sich an die Spitze des
Protests gegen die Erneuerung des britischen
Atomwaffenarsenals. Die schottische
Regierungschefin Sturgeon brandmarkte die
Atomraketen auf U-Booten als »unmoralisch«.
[...] Die Regierung will die veralteten Trident-U-
Boote durch sogenannte Successor-U-Boote
austauschen, die Anfang der 2030er Jahre in
Betrieb gehen sollen. Eine Entscheidung über
das 31 Milliarden Pfund (39 Milliarden Euro)
teure Projekt soll im Laufe des Jahres fallen.

Quelle: *neues-deutschland.de* / 29.2.2016

Foto: David Holt (Flickr)

Berliner Compagnie

*Die Ukraine, Putin, US-Geopolitik und der
geheimnisvolle Gleichklang unserer Medien*

DAS BILD VOM FEIND

Wie Kriege entstehen. Ein Theaterstück

Interesse an einem Gastspiel? 89/1298624
<mailto:karin-fries@berlinercompagnie.de>

www.BerlinerCompagnie.de

Auszug aus dem Expose:

Von den Deutschen werden die Vorgänge in der Ukraine sehr
unterschiedlich beurteilt. Was den einen eine berechtigte
Revolution, ist den anderen ein illegitimer Putsch. Dabei erschwert
die starke Polarisierung eine differenzierte Wahrnehmung des
Konflikts und leistet Feindbildern Vorschub.

Notwendig ist, die Ursachen des Konflikts genauer wahrzunehmen,
Erfahrungen und Leiden auf beiden Seiten ernst zu nehmen und
sich von dem einen oder anderen Vorurteil zu verabschieden. Die
Berliner Compagnie möchte dazu einen Beitrag liefern.
Das Stück spielt in einer Zeitungsredaktion. Lieder wehen herein -
ein ukrainisches, ein jüdisches, ein deutsches, ein polnisches, ein
russisches Lied.